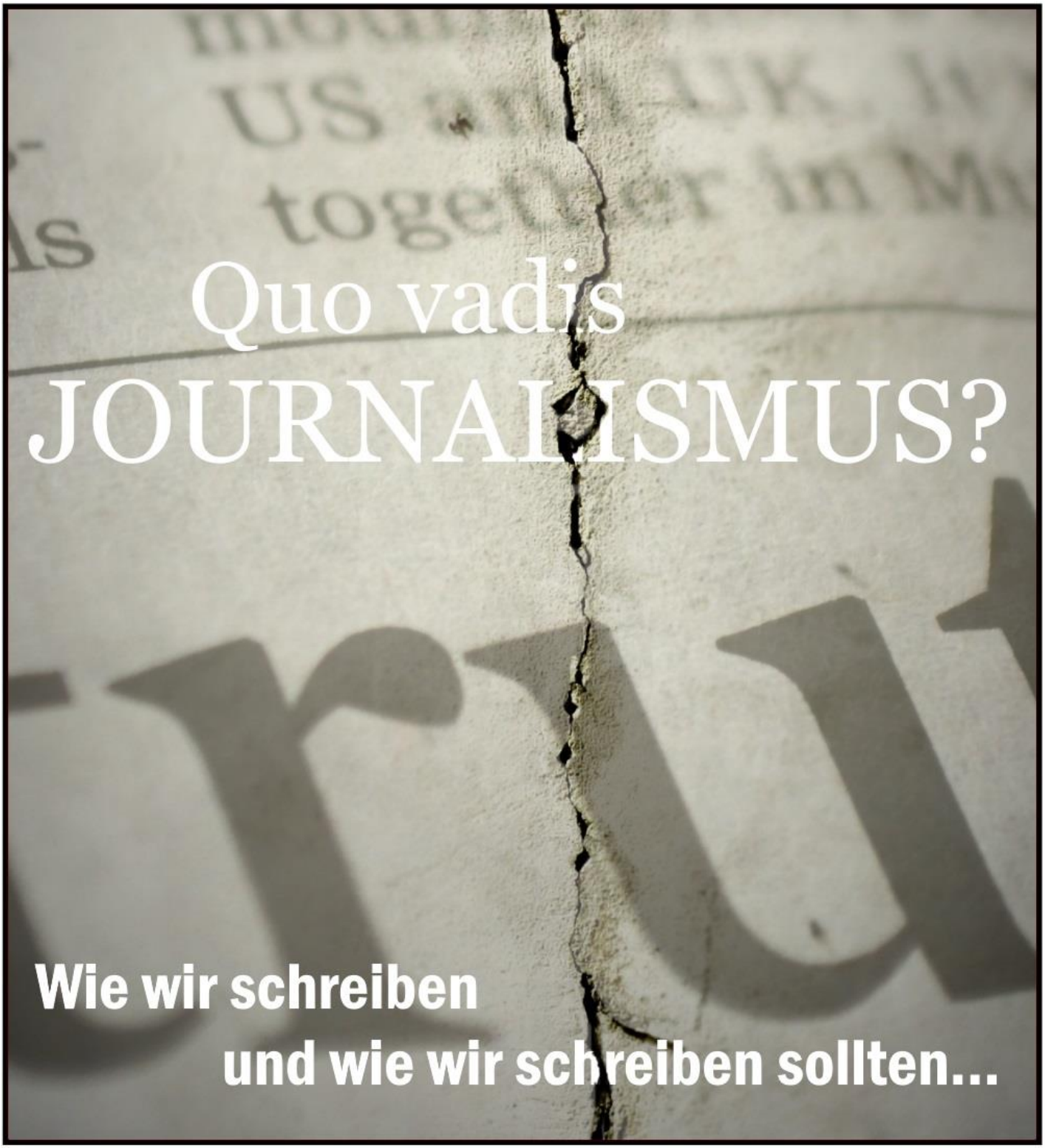
Printausgabe Nr.1 | 31.12.2018

das Hochformat

ein aufrichtiges Blatt



Quo vadis JOURNALISMUS?

Wie wir schreiben und wie wir schreiben sollten…

Brief aus Washington
Trumps Mauer durch Amerika

Vision Europa
Konstruktive Kritik mit Zukunftsvision

Kommentar
Deutschland, einig Merkel-Land?

"Ich glaube, dass ein leidenschaftlicher Journalist kaum einen Artikel schreiben kann, ohne im Unterbewusstsein die Wirklichkeit ändern zu wollen." - *Rudolf Augstein*

2018 war und ist ein Jahr der politischen und gesellschaftlichen Umbrüche. Auch der Journalismus hatte in diesem ungeahnte und unbekannte Herausforderungen zu bewältigen. Angefangen bei der Berichterstattung über Terroranschläge auf der ganzen Welt, die 2018 leider inzwischen zum Tagesgeschäft der Journalisten gehören, über Auseinandersetzungen mit anderen politischen Randgruppen, die den Journalismus allzu oft mit dem Vorwurf der „Fake News" konfrontierten bis hin zu buchstäblichen Verrat in den eigenen Reihen, der erst im Dezember mit dem Fall Relotius publik wurde. Der Ex-Redakteur des selbsternannten „Sturmgeschütz der Demokratie", dem *SPIEGEL*, hat über Jahre hinweg in seinen zahlreichen Artikeln auch in einigen anderen namenhaften Zeitungen und Magazinen das getan, was amerikanische und türkische Präsidenten, rechte wie linke Populisten den Journalisten allzu oft anlasten: Er erdichtete Fakten, um schöne Geschichten zu schreiben. Mehr noch er erfand ganze Protagonisten, Orte, Begegnungen und Interviews für seine vielfach ausgezeichneten Reportagen.

Vor diesem Hintergrund erscheint das vorangegangene Zitat mehr als nur zynisch. Aber nein, es war keineswegs Zynismus, der uns dazu verleitete gerade dieses Zitat an den Anfang unserer ersten Printausgabe zu stellen. Vielmehr stellt dieses Zitat des *SPIEGEL*-Gründers eine der grundlegendsten Fragen im Journalismus. *Was ist des Journalisten höchstes Gut?* Die Wirklichkeit, die Moral? Es ist kein Zufall, dass sich unsere erste Printausgabe ausgerechnet mit dem Thema *Journalismus* beschäftigt. Da unsere Zeitung selbst noch in den Kinderschuhen steckt, ist es gerade auch für unsere Redaktion wichtig, sich mit dem Gebiet des Journalismus grundlegend auseinander zu setzen. Die zentrale Aufgabe des Journalismus mag sicherlich sein, der Gesellschaft den Spiegel vorzuhalten, doch um dieser Aufgabe nachzukommen, ist es für den Journalismus essentiell, sich gelegentlich selbst den Spiegel vorzuhalten. Eben das möchten wir in dieser Printausgabe tun und haben unsere Artikel aus dem Jahr 2018, die sich mit eben jenem Thema beschäftigen, unter besagten Leitthema zusammengefasst.

Unter diesem Leitthema steht auch eine umfassende Analyse, die sich zwar nicht direkt mit dem Thema Journalismus, sondern mit der deutschen Medienlandschaft beschäftigt. Der erste Teil der Analyse nimmt den deutschen Zeitungsmarkt in den Fokus und untersucht die Besitzverhältnisse bei mehr als 100 deutschen Zeitungen und Nachrichtenmagazinen.

Explizit sei an dieser Stelle auch die große Europa-Schrift „Vision Europa" erwähnt, die sich mit möglichen Lösungsansätzen für Problematiken und Herausforderungen in der Europäischen Union auseinandersetzt.

Für unsere Redaktion geht mit 2018 nicht nur ein spannendes und herausforderndes Jahr zu Ende, sondern auch das erste Jahr unseres „aufrichtigen Blattes". Wir freuen uns auf das Jahr 2019, das mit der Europawahl und dem Brexit oder Nicht-Brexit einige große Herausforderungen und wortwörtliche Zerreißproben für die europäische Gemeinschaft bereithält. Aber diese Herausforderungen sind wichtig für Europa, denn sie helfen uns wieder darauf zurückzubesinnen auf das, was Europa doch letztendlich ausmacht: Vielfalt, eben auch an Interessen.

Inhalt

Printausgabe Nr. 1 | 31. Dezember 2018

Quo vadis Journalismus

Leitartikel Etwas mehr Konstruktivität, wenn ich bitten darf... 4

Kommentar Quo vadis Journalismus? Was die Causa Relotius für den Journalismus bedeutet 6

Im Fokus Die deutsche Medienlandschaft Eine Analyse des deutschen Zeitungsmarktes 16

Politik

Kommentar Deutschland, einig Merkel-Land? 8

Glosse Deutschland, deine Populisten... 9

Kommentar Groko, Grüne Bayern 10

Brief aus Washington Trumps Mauer durch Amerika 12

Gesellschaft

Essay Tag der deutschen Gemein(sam)heit? 14

Vision Europa – Die Europa-Schrift

Einleitung Konstruktive Kritik mit Zukunftsvision 18

Das Dilemma der Entscheidungen 18

Europa der zwei Geschwindigkeiten 19

Sprache in der EU – Unity oder Diversity? 20

Europäische Verteidigung im 21. Jahrhundert 22

Impressum

Bildnachweise 24

Redaktion & Impressum 24

Tag der Deutschen Gemein(sam)heit?

Auch fast 30 Jahre nach dem Mauerfall gibt es noch viele Dinge, die Ost- und Westdeutsche trennen und die es aus der Welt zu schaffen gilt. Warum aber wird am 3. Oktober sooft über solche Dinge gesprochen? Sollten wir an unserem Nationalfeiertag nicht über Dinge sprechen, die uns einen? Ein Essay zum Tag der Deutschen Einheit. **Seite 5**

Trumps Mauer durch Amerika

Trump baut eine Mauer durch die Gesellschaft. Sie besteht aus Hass und Ausgrenzung. Haben die Midterm Elections das wirklich ändern können? Der Brief aus Washington zu den Midterms und deren Nachwehen. **Seite 12**

Konstruktive Kritik mit Zukunftsvision

Wo wollen wir die EU in Zukunft sehen? Wer sind „wir“? Und, was wollen „wir“ sein?
Oder wollen wir überhaupt ein „wir“ sein?
Die große Europa-Schrift von Roman Kritberg.
Seite 1

Quo vadis Journalismus?

Leitartikel

Etwas mehr Konstruktivität, wenn ich bitten darf...

Der Qualitätsjournalismus von heute ist deskriptiv, investigativ und analysierend, nicht aber konstruktiv und das sollte sich ändern.

Roman Kritberg

Der Journalismus hat als vierte Gewalt im demokratischen System die Aufgabe, den Mächtigen auf die Finger zu schauen, zu kontrollieren, über Missstände aufzuklären und vor allem die Menschen zu informieren und politisch zu bilden. Doch der Journalismus hat auch eine gewaltige gesellschaftliche Aufgabe, denn Berichterstattung formt Meinungen und damit die Politik. Er hat aber auch massive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima und die Sichtweise der Bevölkerung auf ihre Umwelt. Damit beeinflusst der Journalismus wesentlich die "Volksseele". Mit der Fixierung auf das Negative, auf Tragödien, auf Drama und Konflikt wird den Menschen ein Bild vermittelt, das bei Vielen Ängste auslöst. Durch diese Emotionalisierung werden gesellschaftliche Konflikte verstärkt über die dann wieder berichtet werden kann. So entsteht eine Eskalationsspirale, in der schnell pauschalisiert wird und in der extreme, einfache und emotionale Positionen gefördert und in den Vordergrund gestellt werden. Dieser Vorgang und seine Konsequenzen können gut in den USA beobachtet werden, wo rechte Sender die Debatte formen und ein diffuses Bild der ständigen Gefahr zeichnen. Gerade die Sensationsberichterstattung die man ja eher von der Boulevard-Presse gewöhnt ist,der sich aber auch SPIEGELOnline und andere sonst seriöse Medien zeitweise hingeben, kann in Verbindung mit sozialen Netzwerken und Filterblasen sehr starke Auswirkungen auf die Gedanken und die Meinung einer großen Anzahl an Nutzern haben. Vor allem aber entsteht ein unterbewusstes Gefühl für die generelle Situation. Wenn dieses Gefühl negativ ist, eine "es-geht-alles-den-Bach-runter"- und "die-da-oben"-Mentalität entsteht und sich daraus illiberale Bewegungen formieren, kann das zur Gefahr für die Demokratie werden.

Und, haben Sie es gemerkt? Das was sie soeben gelesen haben war nicht falsch und es war (hoffentlich) einigermaßen verständlich. Aber reflektieren Sie doch noch einmal kurz. Der vorangegangene Absatz hat genau das gemacht, was er eigentlich kritisiert. Er hat analysiert und die Situation beschrieben. Und Lösungsansätze? Fehlanzeige!

Und auch der diesem Satz vorausgegangene war eine Analyse der ungewollten Analyse, ebenso wie dieser Satz hier die Analyse der Analyse der Analyse ist.

In jedem Fall ist die Analyse von Themen, Problemen und Vorgängen die Hauptverantwortung des Journalismus. Der erste Schritt zur Problemlösung ist ja sowieso die Erkenntnis, dass es ein Problem gibt. Dann folgt die Analyse, in der nach den Ursachen geforscht wird. Damit ist das Problem erkannt und man hat es verstanden. Und was dann? Dann muss das Problem gelöst werden, bzw. ein Weg zur Problemlösung gefunden werden. Hier kann der konstruktive Journalismus den ersten Schritt gehen. Als integraler Bestandteil einer jeden Gesellschaft hat der Journalismus zwar nicht die Verantwortung, Probleme endgültig zu lösen – das kann auch nicht der Anspruch sein – er kann die Problemlösung aber anstoßen. Denn anstatt ein verheerendes, mitunter destruktives Fazit zu ziehen kann auch ein Lösungsansatz, ein Denkanstoß oder sogar eine gesamte Lösungsstrategie vorgelegt werden. Neben dem Erkennen und der Analyse eines Problems sollte der moderne Journalismus also auch den ersten Ansatz in Richtung einer Lösung bieten. Journalisten besitzen außerdem die Möglichkeit, Probleme anzusprechen und vor allem Lösungsansätze vorzuschlagen, die Politiker

signifikant Stimmen kosten könnten. So zum Beispiel beim Klimaschutz: Die Wahrheit (es wird nicht reichen alle herkömmlichen Fahrzeuge durch E-Autos zu ersetzten, der Individualverkehr muss zwangsläufig reduziert werden) ist oft nicht einfach zu verkraften, vor allem nicht, wenn sie von der Politik kommt, denn dann verliert man Steuerwahlkämpfe und wird zur „Verbotspartei“.

Obwohl Lösungsansätze meinungsbasierter sind als die pure Analyse, muss bei einem konstruktiven Journalismus doch Distanz gehalten werden. Genau das kann die Debatte durch eine distanziertere und hoffentlich faktenbasierte Sicht noch reicher und vor allem objektiver machen. Auch die Differenziertheit des Diskurses wird gefördert, womit populistische Tendenzen bekämpft werden, da diese immer auf einfache und klare Positionen basieren. Vielleicht würde dann auch deutlicher, dass politische Ansichten immer nuanciert sind und sich eigentlich nie in Schlagzeilenformat bringen lassen.

Kommentar

Quo vadis Journalismus?

Was die Causa Relotius für den Journalismus bedeutet.

Lasse Sprachström 27. Dezember 2018

Wenn ein Journalist nicht die Wahrheit schreibt, in großem Stil Fakten, Protagonisten und Begegnungen für seine preisgekrönten Reportagen erfindet und diese über Jahre hinweg unbemerkt in den bedeutendsten Zeitungen und Nachrichtenmagazinen veröffentlicht, dann ist das nicht nur ein Vertrauensbruch erster Güte zwischen ihm, den Zeitungen und deren Lesern, es wirft auch grundsätzliche Fragen über Werte und Anspruch des Journalismus auf.

So hat der Fall des Claas Relotius eine mediale Debatte ausgelöst, die vielen Journalisten und Medienvertretern offenbar schon lange unter den Nägeln brannte und in der eben um jene grundsätzliche Frage nach dem „richtigen Journalismus“ diskutiert wird. Während die Einen für einen „werteorientierten“ Journalismus plädieren und den „Neutralitätswahn des Journalismus“ verteufeln, kritisieren Andere gerade diese Haltung, bei der die richtige Haltung über der Wahrheit stehe. Die Debatte geht soweit, dass sogar das Genre *Reportage* als solches hinterfragt und das Ende des „Edelfederjournalismus“ prophezeit wird.

Und ist das Genre der *Reportage* inzwischen nicht wirklich veraltet, ein Relikt aus dem letzten Jahrhundert? Die Reportage entstand schließlich in einer Zeit, als nur die wenigsten im Laufe ihres Lebens ins Ausland, geschweige denn auf einen anderen Kontinent reisen konnten. Heute genügen einige wenige Klicks und wir stehen auf dem Mount Everest, in Australien oder am Südpol. Oft erfahren wir über soziale Netzwerke von Terroranschlägen, bevor die klassischen Medien überhaupt davon berichtet haben. Aber nein, gerade heute brauchen

wir die Reportage, vielleicht sogar mehr als jemals zuvor. Ihre Vorzüge liegen eigentlich auf der Hand: Zum einen berichtet die Reportage fast immer von Orten, an denen wir selbst nicht sein können oder wollen. Wer verlebt seinen Urlaub in Slums und Armenvierteln, um sich ein Bild von der weltweiten Armut zu machen? Wer würde seine freien Tage gerne in einem Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung verbringen, um den Pflegenotstand in Deutschland mit eigenen Augen zu sehen? Desweiteren besitzt der Reporter Vorort die nötige Expertise (zumindest sollte er), um die Situation zu bewerten. Diese Expertise kann der Leser von Zuhause aus nicht erlangen. Ein ähnlicher Fall wie der des Claas Relotius hätte auch in jedem anderen Genre des Journalismus passieren können. Die *Reportage* ist nur besonders anfällig gewesen, eben weil sie in besonders hohem Maße vom Journalisten und dessen subjektiven Eindruck abhängt.

Das Problem, das zum Fall Relotius führte und das eigentlich längst bekannt sein sollte, ist die Tatsache, dass viele Journalisten (so auch Relotius) mit einer vorgefassten und vor allem unveränderbaren Meinung recherchieren. Das wird besonders deutlich durch Relotius´ Artikel über die amerikanische Stadt *Fergus Falls*, in dem er ein stereotypes Bild der Kleinstadt und Bewohner als waffen-affine Trump-Unterstützer zeichnet und das – dem Internet sei Dank – zwei der Bewohner aus *Fergus Falls* als Fantasie des Autoren entlarvten. Die logische Konsequenz wäre also, dass dem journalistischen Arbeiten zunächst der Anspruch nach der hundertprozentigen Wahrheit zugrunde liegen sollte. Ein Journalist sollte zunächst wirklich *„sagen, was ist“*. Was aber hat Medien wie den *SPIEGEL* (denn eben jenes Zitat von Rudolf Augstein steht in der Eingangshalle des *SPIEGEL*-Verlagsgebäudes in Hamburg) zum *Sturmgeschütz der Demokratie* gemacht? Es war mehr, als nur die *Wahrheit* zu schreiben. Das Magazin erlangte diesen Ruf, weil seine Journalisten bestimmte Werte vertraten und diesen auch in Krisen wie der *SPIEGEL*-Affäre treu blieben. Sie hatten eine Haltung und bewahrten sich diese. Natürlich bestand diese Haltung auch im Wesentlichen aus ihrem Anspruch, *zu sagen, was ist.* Der Journalismus erlebte in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts seine Blüte, weil er beides besaß: *Wahrhaftigkeit* und *Haltung*.

Deshalb ist Causa Relotius überaus wichtig für den modernen Journalismus, weil sie uns wieder auf die Frage nach dem grundsätzlichen Wesen des Journalismus stößt. Darüber hinaus hat sie uns auch vor Augen geführt, dass die Abgründe des Journalismus eben auch nur menschliche sind und wir gerade deshalb nicht davor zurückschrecken sollten, das, was wir lesen und schreiben, kritisch zu reflektieren. Der Journalismus braucht sich selbst ebenso sehr, wie die Gesellschaft den Journalismus. Die selbstkritische und schonungslose Selbstaufklärung und –aufarbeitung des *SPIEGELs* war ein erster und wichtiger Schritt, um den Pfad des Journalismus in Zukunft wieder gangbar zu machen. Sie war eben nicht nur *„in eigener Sache“*, sondern auch in der des Journalismus.

Kommentar

Deutschland, einig Merkel-Land?

Lasse Sprachström 17. Dezember 2018

Seit nun mehr einer Woche hat die CDU eine neue Vorsitzende. Mit Annegret Kramp-Karrenbauer, dem Namens-Alptraum aller ausländischen Reporter, wurde auf dem 31. Bundesparteitag der CDU nicht nur erneut eine Frau, sondern auch die Wunschkandidatin Merkels an die Spitze der Christdemokraten gewählt. In einem ungewöhnlich spannenden Rennen um den Parteivorsitz entschied Kramp-Karrenbauer die Wahl – man könnte es regelrecht als Kampf bezeichnen – für sich.

Generell war dieser Bundesparteitag überaus ungewöhnlich. Wie sollte es auch anders sein, denn nach fast zwei Dekaden politischer Konstante an der Führungsspitze und neun Vorsitzenden-Wahlen, bei denen Merkel fast durchgängig über 90 Prozent Zustimmung erreichte, ist das Gefühl, tatsächlich eine Wahl zu haben für viele Delegierte gänzlich neu oder zumindest vergessen. Auch Merkels letztes Motto für einen Parteitag *„Zusammenführen. Und zusammen führen“* war nicht nur ungewöhnlich geistreich, sondern ebenso ungewöhnlich wie das erste Motto *„Zur Sache“*, das Angela Merkel 2000 als frisch gewählte Parteivorsitzende auswählte. Man könnte beide auch als *„typisch Merkel“* bezeichnen, wie auch die Kanzlerin selbst fand.

Dabei schien Merkels Abschiedsrede zunächst gar nicht *„typisch Merkel“* zu sein. Fast emotional und gar mit einer gewissen Selbstironie blickte Merkel auf ihre 18 Jahre als Vorsitzende der CDU und 13 Jahre als Bundeskanzlerin zurück. Doch eigentlich ist die Rede so viel mehr *„typisch Merkel“* als die Reden in den fast 20 Jahren davor. Merkel war nie eine große Rednerin, sie hatte nie das Charisma ihrer Vorgänger. Und so kommt in ihrer letzten Rede als Parteivorsitzende das zum Ausdruck, was sie als Politikerin, als Bundeskanzlerin, als – wie sie die Amerikaner gerne sehen – Europas de facto Anführerin ausmacht und auszeichnet: Ruhe, Besonnenheit, Sachlichkeit. Sie nimmt sich selbst zurück und stellt die Sache ins Zentrum. *„Zur Sache“* eben. Ein Charakterzug, der ihr auch ihren Ruf als gute Politikerin und Anführerin der freien Welt eingebracht hat. Ein Charakterzug, den vor allem die Amerikaner hinsichtlich ihrer weniger den Fakten zugeneigten Politiker schätzen.

Dass Merkel ein Macht-Vakuum hinterlassen hat und wird, zeigte sich also schon auf dem Bundesparteitag. Merkel hat Deutschland zu dem gemacht, was es heute ist. Im Guten, wie im Schlechten. Die *New York Times* titelt dazu: „Es kommt nicht darauf an, wer Merkel ersetzt. Deutschland ist am Ende“. Trotz der niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit der Wende und einer der stärksten Wirtschaften weltweit, so ist Deutschland womöglich gerade jetzt tiefer gespalten als je zuvor. Finanziell durch eine immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich und gesellschaftlich durch Polarisierung und neu erstarkenden politischen Extremismus. Deutschlands Umweltbilanz ist katastrophal und die so umständlich formulierten Klimaschutzziele etlicher Klimakonferenzen werden krachend verfehlt. Auch diese Probleme gehören zur Ära Merkel. Sie sind trotz oder vermutlich sogar gerade wegen der Ruhe und Besonnenheit Merkels entstanden. *„Typisch Merkel“* heißt eben auch Füße still halten und politischer Stillstand.

Es sind große Fußstapfen, in die neue CDU-Vorsitzende treten wird und muss. Die entscheidende Frage der nächsten Monate oder gar Jahr wird also sein, ob es AKK gelingen wird die tiefgespaltenen Christdemokraten, die sich so gerne als „Partei der Mitte“ bezeichnen, zu einen und die weitoffene rechte Flanke der Partei zu schließen. Im Gegensatz zu einigen ihrer Kabinettsmitglieder hat Merkel erkannt, dass es nicht mehr an ihr ist, diese Aufgaben zu bewältigen. Sie habe sich immer gewünscht und vorgenommen, ihre staatspolitischen und parteipolitischen Ämter in Würde zu tragen und sie auch in Würde zu verlassen, bekräftigt die sichtlich bewegte Bundekanzlerin am Ende ihrer letzten Rede als Parteivorsitzende. Fast wehmütig in die Reihen der Delegierten blickend, schließt sie ein letztes Mal ihr schwarzes Buch und geht ruhig, ja sogar leichtfüßig, als wäre eine Last von ihr abgefallen, zu ihrem Platz im Tagungspräsidium zurück. In puncto Rücktritt ist Merkel das gelungen, was kaum einer ihrer männlichen Amtsvorgänger vermochte: Die Würde im Amt zu wahren bis ganz zum Schluss. Ruhe und Besonnenheit, bis zum Schluss. Eben *„typisch Merkel“*.

Glosse

Deutschland, deine Populisten

Lasse Sprachström 19. September 2018

Sie sind die Stars der deutschen Politik. Sie stehen im Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit. Sie sind die Trendsetter im politischen Diskurs. Deutschlands Populisten. Doch warum gerade sie? Warum stehen gerade Seehofer, Gauland & Co. im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit? Was haben sie, das andere Politiker nicht haben? Und was können diese von Deutschlands Populisten lernen?

Seehofer, Gauland & Co. haben die Zeichen der Zeit erkannt und viel wichtiger richtig gedeutet. Der von einfacher Facebook-Grammatik verwöhnte Deutsche ist längst über die Verwendung von ganzen Sätzen hinweg. Das haben die etablierten Parteien auch erkannt, nur Deutschlands Alternativ-Politiker jedoch schienen zu erkennen, dass auch die Verwendung eines weniger abstrakten Wortschatzes die gewünschte Wirkung erzielt. „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ – „Gerechtigkeit“ – Ein Wort unter dem sich der Deutsche gerade nach fast 20 Jahren CDU-Regierung eher schlecht etwas vorstellen kann – außerdem viel zu abstrakt. Substantive, vor allem solch komplizierte, sind bei der Slogan-Wahl tunlichst zu vermeiden. Am besten einfache Verben, die idealer Weise im Imperativ stehen. „Trau dich, Deutschland!“ Angenehmer Nebeneffekt für die Alternativ-Politiker ist hierbei, dass sich der stolze Deutsche durch die direkte Adressierung geschmeichelt fühlt. Und außerdem – wenn es darum geht sich größer zu machen als man ist, sind die Deutsche traditionell gerne mit vorne dabei. Dieses Modell für einen erfolgreichen Wahlkampf fand auch in anderen Ländern – diesseits und jenseits des großen Teichs – ebenso erfolgreich Anwendung.

Was Deutschlands Populisten noch mehr von Deutschlands Establishment unterscheidet ist ihr Hang zu Skandalen. Keine allzu großen. Nicht vergleichbar mit der CDU-Spendenaffäre, doch groß genug um sich für einige Tage oder idealerweise Wochen in den Schlagzeilen zu halten. Seehofer, Gauland & Co. wissen sehr wohl, dass sowohl die deutschen Medien als auch die Deutschen selbst Skandale brauchen. Erstere des Profits wegen und letzter um sich hin und wieder über „die da oben" aufzuregen. Wieder schlagen Deutschlands Populisten mehrere Fliegen mit einer Klappe. Sie machen sich zur Volksdroge und damit medial für unentbehrlich; sie schaden außerdem den anderen Politiker, deren Thron sie zu erklimmen suchen und die aus Sicht des Deutschen ebenfalls Verantwortung an dem Skandal haben.

Bestes Beispiel ist Horst Seehofer. Der Tausendsassa im Kabinett Merkels, der Regierungs- und Oppositionsarbeit in einem zu bewältigen scheint. Eine Welle der Empörung erfasste die Nation, als er bei einer Pressekonferenz seine Freude darüber kundtat, dass ausgerechnet an seinem 69. Geburtstag 69 Asylbewerber nach Afghanistan abgeschoben wurden. Wie so oft wurden Rücktrittsforderungen laut, die ihn natürlich auch dank seines über Jahre hinweg aufgebautes dickes Fell unbeeindruckt ließen. Eine einfachere Dementierung der Vorwürfe gefolgt vom obligatorischen Medien-Bashing, schon ist der Skandal aus der Welt, jedoch nicht ohne seinem Verursacher wieder eine Woche ins Zentrum der medialen und öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken. Dass der eigentliche Skandal nicht seine Äußerung war, sondern die Tatsache, dass Asylsuchende in ein Land zurückgeschickt werden, aus dem fast wöchentlich neue Nachrichten über Anschläge mit hunderten Toten zu uns gelangen, ist dabei ein zusätzlicher praktischer Nebeneffekt für den deutschen Spitzenpolitiker.

Deutschlands Populisten sind unbequem, doch sie sind inzwischen einfach nicht mehr weg zu denken. Denn was wäre Deutschland ohne sie? Einfach nur eine ganz normale Industrienation, die die wichtigen Themen wie Klimawandel, soziale Ungerechtigkeit daheim und in der Welt sowie den Weltfrieden ins Zentrum ihres Diskurses und ihrer Politik stellen könnte…

Kommentar

Groko, Grüne, Bayern

Roman Kritberg 4. Oktober 2018

Die Bayernwahl rückt näher und damit das absehbare Wahldebakel der Landesverbände der berliner GroKo-Parteien. Denn sowohl CSU als auch SPD verlieren massiv an Wählergunst. Davon profitieren neben der AfD und dem CDU-Ersatz Freie Wähler auch die Grünen. Und das im erzkonservativen Bayern! Aber nicht nur die Schwäche der anderen Parteien, sondern auch die überzeugenden Spitzenkandidaten und das Programm tragen zum grünen Aufschwung bei. Das grüne Problem der Diskrepanz zwischen Umfragen und tatsächlichem Ergebnis könnte auch den Bayern-Grünen auf die Füße fallen. Dass dieses Problem auf Landesebene eventuell nicht so stark auftritt wie in der Bundespolitik ließ sich gut in Baden-Württemberg beobachten, wo bei den letzten zwei Landtagswahlen das Endergebnis nur weniger als zwei Prozent von der letzten Umfrage abwich. Eine grün geführte Regierung ist zwar nicht in Sicht, aber wenn die Grünen es schaffen sollten ein solch gutes Ergebnis einzufahren, könnte sich dann ein zweites Baden-Württemberg anbahnen?

Der große Erfolg der Grünen besteht aus mehreren Punkten. Denn während sich die CSU darauf konzentriert der AfD rhetorisch in nichts nachzustehen (und ein 700 Mio. Euro teures Raumfahrt-programm zu starten), die CDU in Berlin ihre einzige Aufgabe darin sieht Merkel die Kanzlerschaft zu sichern und bei den wenigen sinn-vollen Projekte der stark angeschlagenen SPD die Handbremse anzuziehen, die AfD in Chemnitz mit

Nazis marschiert, die Linke nicht weiß ob sie *#aufstehen* oder sich doch lieber wieder *#hinlegen* sollte und die FDP den gleichen neoliberalen Agenda-Brei wie eh und je sabbert, haben die Grünen momentan die einzige Vorstellung wo es hingehen soll und vor allem wie. Und das wirkt. Auf Fragen wie die nach bezahlbarem Wohnraum antwortet die CSU mit Geldgeschenken für Besserverdienende und die AfD mit „Wohnraum nur für Deutsche“, die FDP will unter dem Vorwand der „Überbürokratisierung“ alle Vorschriften abschaffen sowie den staatlichen Wohnungsbau beenden bevor er richtig begonnen hat und die Reichen wie immer reicher machen. Die SPD bringt im Kern gute Vorschläge, kann aber nicht erklären warum die Bundes-SPD diesen entgegenarbeitet, verliert ihr letztes Quäntchen Glaubwürdigkeit und fällt auf baden-württembergisches Niveau ab.

Ich kann die Menschen in unserem Land gut verstehen, die nicht mehr wissen was sie noch wählen sollen. Die Parteien müssen zurück zu den Menschen finden und ihnen wieder zuhören. Sie müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen und Lösungen anbieten. Wenn das nicht geschieht, ist das Gift für unsere Demokratie und ein Geschenk für Populisten, denn das beste Mittel gegen diese sind immer noch Inhalte. Die Parteien müssen den Menschen genau kommunizieren, für was sie stehen, was sie wollen und wie sie gedenken alles das in die Tat umzusetzen. Das ist Demokratie.

Der Brief aus Washington zu den Midterms und deren Nachwehen

Trumps Mauer durch Amerika

August van der Kust 27. November 2018

Trump baut eine Mauer. Und diesmal plant er sie nicht nur, er baut sie wirklich. Nur nicht da, wo sie seiner Ansicht nach eigentlich stehen sollte, an der Grenze zu Mexiko. Er baut sie mitten in die Vereinigten Staaten, das Land, das er als Präsident eigentlich zusammenhalten sollte. Diese Mauer kostet ihn nicht mehr als einige Dutzend Zeichen auf *Twitter* oder ein Interview bei seinem Lieblingssender *FoxNews*. Von dieser Mauer möchte ich Ihnen heute erzählen.

Dass Trump nicht nur die Gemüter, sondern die gesamte Gesellschaft spaltet, sollte in den letzten zwei Jahren offensichtlich geworden sein. Schon im *Midterm*-Wahlkampf predigte der Präsident mantraartig die „Migrant Caravan“, die die amerikanische Grenze überfluten werde. In einem 30-sekündigen Wahlkampfspot, den sogar der konservative Sender *FoxNews* aufgrund seiner Flüchtlingsfeindlichkeit absetzte, werden die „7000“ Migranten an der Grenze zu Mexiko in einem Atemzug mit dem mehrfachen Polizistenmörder Luis Bracamontes genannt. Der Clip inszeniert ein kriegsähnliches Szenario, in dem „Präsident Trump und seine Verbündeten“ allein „die Grenze beschützen“ könnten. In einem anderen Wahlkampfspot werden, hinterlegt mit dramatischer Musik und Bildern, die wohl massenhaft in die USA eindringende „kriminelle“ Migranten zeigen sollen, die Demokraten für den Polizistenmord von Bracamontes verantwortlich gemacht. Ein weiterer Clip reiht die Erfolge Trumps auf, die Amerikas Wirtschaft zum Prosperieren gebracht haben sollen. Ich muss Ihnen wohl kaum erklären, dass diese Methoden im Midterm-Wahlkampf denen von Präsident Erdoğan in nichts nachstehen. Hass lautet die Botschaft und Hass ist auch das Material, aus dem Trump seine Mauer durch die Gesellschaft, ja durch die ganze Welt baut.

Auch der vermeintliche Erfolg der Demokraten bei den *Midterm Elections* vor drei Wochen wirkt dem nicht entgegen. Natürlich wird Trump gegen starke Demokraten seine Projekte wie den Mauerbau an der mexikanischen Grenze, dessen Kosten auf eine Summe im zweistelligen Milliardenbereich geschätzt werden, kaum oder zumindest schwerer durchsetzen können. Andererseits übernehmen die Demokraten mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus auch einen Teil Regierungsverantwortung und sehen sich so mit einem Dilemma konfrontiert, das langfristige Folgen mit sich bringt:

Die Zustimmung des Repräsentantenhauses bei Gesetzesentwürfen ist unerlässlich. Insbesondere bei Abstimmungen über die Bewilligung für Haushaltsmittel könnten die Demokraten die Verabschiedung mit ihrer Mehrheit verhindern. Sie könnten, wenn sie wollten. Und ob sie wollen, müssen sich die Demokraten gut überlegen. Sollte nämlich die Bewilligung der Haushaltsmittel nicht rechtzeitig erfolgen, käme es zu einem *Shutdown* und große Teile des Regierungsapparats, fast zwei Millionen Regierungsangestellte, müssten ihre Arbeit niederlegen. Die Verantwortung für diese Situation ließe sich ohne Probleme den Demokraten zuschieben. Wenn Trump für die nächsten zwei Jahre zur *lame duck* werden sollte, also als Präsident quasi nicht handlungsfähig wäre, könnte er für diese Stagnation regelmäßig die Demokraten in Haftung nehmen und so womöglich den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 zu seinen Gunsten wenden. Indem sie den Mauerbau an der mexikanischen Grenze verhindern, würden die Demokraten also selbst Teil von Trumps Mauer in den USA werden. Es ist eine Zeit des „Kalten Krieges“, die Amerika erwartet, wenn der neugewählte Kongress am 3. Januar nächsten Jahres erstmalig zusammen tritt.

Doch ich möchte das Bild der Demokraten und der Amerikaner nicht zu einseitig zeichnen und daher zum Abschluss Persönlichkeiten erwähnen, die wirklich etwas gegen Trumps Mauer aus Ausländerfeindlichkeit und Hass ausrichten können. Rashida Tlaib stammt aus einer palästinensischen Einwandererfamilie und wird mit Ilhan Omar, die als Kind als Flüchtling aus Somalia über Kenia in die USA einwanderte, die erste muslimische Abgeordnete im Kongress sein. Mit Jared Polis wird erstmals ein offen homosexuell Lebender Gouverneur eines Bundesstaates. Die 29-jährige Latina Alexandria Ocasio-Cortez wird jüngste Abgeordnete, Sharice Davis und Deb Haaland werden die ersten Abgeordneten indigener Abstammung.

Diese und viele andere Menschen aus Randgruppen, aber auch aus der Mitte der Gesellschaft haben bei den *Midterm Elections* Geschichte geschrieben und mit ihrer Kandidatur und ihrem Sieg ein Zeichen gegen die Politik und den Hass Trumps gesetzt. Vielleicht sind es ja gerade die Menschen, die Trumps Mauer ausgrenzen soll, die über diese Mauer Brücken bauen werden.

Essay

Tag der deutschen Gemein(sam)heit

Lasse Sprachström 3. Oktober 2018

Es ist der 3. Oktober. Der Tag im Jahr, an dem wir an eines der wichtigsten, wenn nicht sogar das wichtigste historische Ereignis der jüngeren deutschen Geschichte erinnern. Ein Tag, dessen Besonderheit sich für viele Bürger in unserem Land nur daraus ergibt, dass sie an diesem Tag frei haben ohne Urlaub nehmen zu müssen.

Es ist das dritte Mal, dass ich den 3. Oktober in Süddeutschland erlebe und es ist auch das dritte Mal, dass ich an einem 3. Oktober gefragt wurde, ob ich, ein gebürtiger Ostdeutscher, mich eher als „Ossi“ oder „Wessi“ fühle. Es ist auch das dritte Mal, dass ich geantwortet habe, dass ich mich sowohl als „Ossi“ und „Wessi“ fühle. Zum dritten Mal ärgere ich mich im Nachhinein über meine Antwort. Schon zweimal habe ich mir vorgenommen zu antworten, dass ich mich als „Deutscher“ fühle und ich von der Kategorisierung in „Ossi“ und „Wessi“ nichts halte. Doch auch dieses dritte Mal habe ich nur wie bei den vorigen geantwortet.

Seit ich in Süddeutschland lebe ist mir klar geworden, wie viel die Deutschen fast 30 Jahre nach der Wende noch zu trennen scheint. Wie viele Deutsche noch in den Grenzen des Kalten Krieges zu denken scheinen und mit „drüben“, den Teil ihres Landes jenseits der alten innerdeutschen Grenze meinen. Deutsche in Ost und West (Sie sehen, dass auch ich mich der Einteilung Deutschlands in diese Kategorien des Kalten Krieges nicht entziehen kann.).

Es werden immer wieder mit Blick auf unsere Nachbarländer Forderungen laut, den Tag der Deutschen Einheit größer zu feiern. Nun, ich glaube nicht, dass der Zustand der Bundeswehr Militärparaden zum 3. Oktober zulassen würde und halte solcherlei militärischen Sperenzchen mit Verweis auf unsere Geschichte und meine grundsätzlich pazifistische Einstellung für deplatziert. Aber es stimmt. Viel zu wenige Menschen in Deutschland nehmen diesen Tag als das wahr, was er ist: Unser Nationalfeiertag.

Es stimmt. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft existieren die alten Grenzen noch. Das Rentenniveau in den Bundesländern der ehemaligen DDR ist immer noch unter dem der „alten Bundesländer“. Auch die

Lohnunterschiede zwischen Ost und West sind groß. Und ja, die AfD ist in den „neuen Bundesländern“ sehr stark. Doch sind das alles Gründe, mit Neid und Überheblichkeit, Hass und Abneigung auf einander zu schauen? Hatten wir davon im 20. Jahrhundert nicht genug?

Warum wird am 3. Oktober sooft über das gesprochen, was uns teilt und spaltet? Unser Nationalfeiertag sollte der Tag sein, an dem wir stolz darauf sein können, was unsere Nation geeint geleistet hat. An dem wir auf unsere gemeinsamen Höhen und Tiefen erinnern können. 1848 haben in ganz Deutschland Hunderttausende für ein geeintes Deutschland demonstriert, Abgeordnete aus ganz Deutschland haben den ersten Versuch einer deutschen Nation unternommen. Aber auch ein geeintes Deutschland hat die Welt und die Menschheit gleich zweimal an den Abgrund gebracht; das zweite Mal näher denn je. Auch wenn der Ost- und Westteil des Landes danach politisch unterschiedliche Wege gingen, so haben doch die Menschen in beiden Teilen ihr Land aus den Ruinen aufgebaut. Und schließlich waren es Bürger aus beiden Deutschlands, die vor fast dreißig Jahren mit Tränen der Freude in den Augen den Fall der innerdeutschen Grenze feierten. Die deutschen Lande waren in ihrer 1000-jährigen Geschichte kaum ein Jahrhundert geeint. Sollten wir mit diesem Wissen und den Erfahrungen des 20. Jahrhundert nicht glücklich und froh darüber sein, dass wir als geeintes Volk in einem friedlichen, demokratischen und reichen Europa leben und gemeinsam für diese Ideale in der Welt kämpfen?

Wenn uns tatsächlich mehr als ein Volk sehen (auch außerhalb des Sports) und auch als ein solches handeln, werden wir erkennen, dass uns mehr eint als uns trennt. Nicht nur unsere Geschichte, Sprache oder Kultur. Nein, auch in Sachen Mentalitäten haben die Deutschen aus Ost und West mehr gemeinsam als man meint, wie ich als notorischer Zuspätkommer in Bezug auf die deutsche Pünktlichkeit nach meinem Umzug nach Süddeutschland leidvoll erfahren musste.

Die deutsche Medienlandschaft

Nooc Weaselton 14. Oktober 2018

Die US-amerikanische Medienlandschaft ist geprägt von den Monopolstellungen einiger weniger profitorientierter Unternehmen. Eine Problematik, deren Ausweitung auf die deutsche Medienlandschaft nun auch in der Bundesrepublik immer häufiger Diskussionsgegenstand ist. Die deutsche Medienbranche ist längst ein zentraler Bestandteil der deutschen Wirtschaft geworden. Internationale Großunternehmen verdienen in Deutschland Milliarden mit dem Mediengeschäft. Ein weitverflochtenes Netz aus Besitz- und Anteilsverhältnissen an und von Unternehmen durchzieht die deutsche Medienlandschaft; für Journalisten wie für Rezipienten undurchschaubar. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage, ob die deutsche Medienlandschaften nicht auch bereits von Monopolstellungen einiger weniger Unternehmen gekennzeichnet ist und so womöglich der für unsere demokratische Gesellschaft essentielle mediale Pluralismus gefährdet ist.

Durch die Analyse verschiedene Bereiche der deutschen Medienlandschaft wollen wir unseren Leserinnen und Lesern die Möglichkeit geben, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden. Aus dieser Zielstellung heraus ergibt sich der Objektivitäts- und Neutralitätsanspruches der nun folgenden, ersten Untersuchung, die sich den deutschen Zeitungen und Nachrichtenmagazinen widmet.

Zeitungen und Nachrichtenmagazine

Trotz des starken Rückgangs verkaufter Auflagen und Abonnements haben die deutschen Zeitungen noch immer eine zentrale Stellung in der deutschen Medienlandschaft inne. So erschienen nach einem wissenschaftlichen Gutachtens des Hans-Bredow-Instituts an der Universität Hamburg aus dem Jahr 2017 allein im August 2016 333 Tageszeitungen mit einer verkauften Auflage von insgesamt 15,3 Millionen Exemplaren.

Unter den in einer Umfrage unter Journalisten aus dem Jahr 2005 genannten deutschen Leitmedien befanden sich fast ausschließlich überregionale Zeitungen und Nachrichtenmagazine; führend die Süddeutsche Zeitung, DER SPIEGEL, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die ZEIT und BILD. Die Untersuchung der Besitzverhältnisse bei den genannten Zeitungen bzw. Magazinen gestaltete sich als nicht allzu schwer und aufwendig, lassen sich doch die dafür notwendigen Informationen in der Online-Enzyklopädie Wikipedia finden. Die Besitzverhältnisse bei der Bild-Zeitung als Flaggschiff des Axel-Springer-Verlages sind sicher wenig bemerkenswert. Auch, dass der Verlag Gruner + Jahr – eine Tochtergesellschaft des Medienriesens Bertelsmann – 25,5% Anteile am Spiegel-Verlag und damit die Sperrminorität hat, dürfte inzwischen allgemeinhin bekannt sein. Vielmehr fanden wir mit Überraschung, dass die FAZ als einziges der genannten Leitmedien mehrheitlich der FAZIT-STIFTUNG und damit einer Verlagsgesellschaft gehört, die von den Verlegern der FAZ mit der Absicht gegründet wurde, „die redaktionelle und unternehmerische Unabhängigkeit der Zeitung wirkungsvoll und dauerhaft“ zu sichern. Einem ähnlichen Modell folgt auch die britische Zeitung The Guardian.

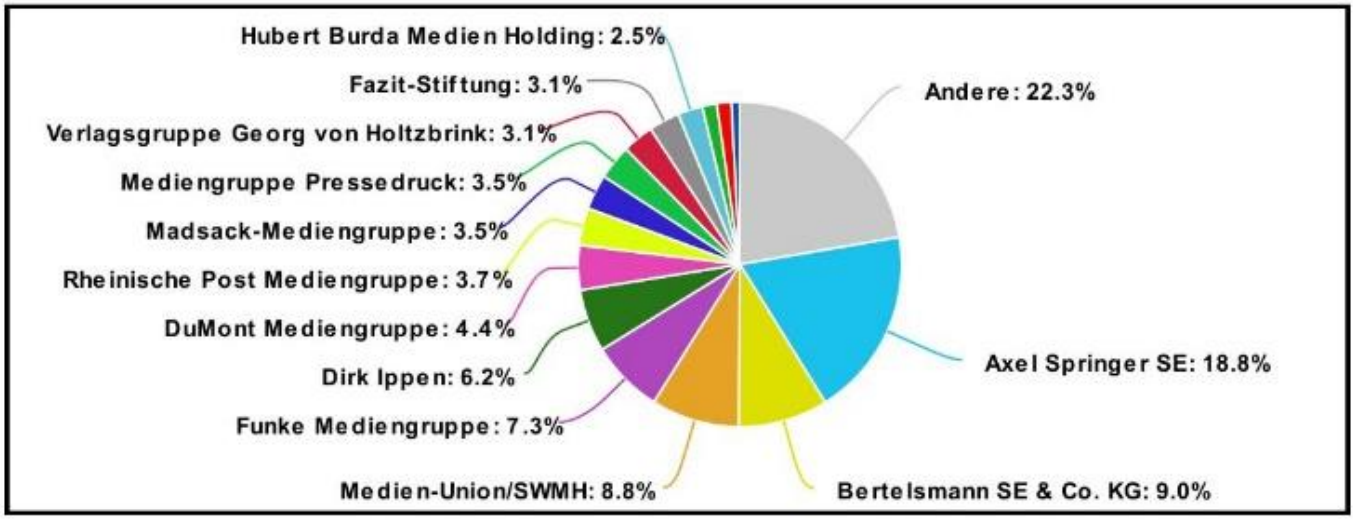
Dies sind nur einige repräsentative und bekannte Beispiele für die Gesamtsituation auf dem deutschen Zeitungsmarkt. Um ein repräsentative Aussage über die Besitzverhältnisse auf dem gesamt-deutschen Zeitungsmarkt treffen zu können, haben wir eine Datenbank mit den 122 deutschen Zeitungen mit einer Auflage von mehr als 30.000 Exemplaren im 2. Quartal 2018 und deren Besitzverhältnissen erstellt. Eine tabellarische Darstellung finden Sie unterhalb des Artikels, unsere Auswertungsergebnisse folgen hier im Anschluss.

Auswertung der Untersuchung

Die in den Diagrammen dargestellten Verhältnisse beziehen sich auf die Verteilung der Gesamtauflage der von uns untersuchten deutschen Zeitungen und Nachrichtenmagazine. Der größte Teil der in der Statistik und Datenbank erfassten Zahlen sind – sofern in der Datenbank nicht anders vermerkt – der Auflagenliste der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) für das 2. Quartal 2018 entnommen.

Die vollständige verbreitete Auflage der jeweiligen Zeitung haben wir dem Medienunternehmen zugerechnet, das über mehr als 25% der Anteile an der jeweiligen Zeitung (oder deren Verlag) verfügt. Das Unternehmen hat somit die Sperrminorität an der Zeitung (oder deren Verlag) und kann so beispielsweise Entschlüsse, bei denen eine Mehrheit von 75% erforderlich ist, verhindern. Bei unserer Recherche kristallisierten sich die im Folgenden aufgeführten deutschen 15 Medienunternehmen heraus, die signifikante Anteile an besonders auflagenstarken oder vielen Zeitungen (oder deren Verlage) halten.

Verteilung der Gesamtauflage der untersuchten Zeitungen nach Medienunternehmen



In der Datenbank sind alle von uns untersuchten Zeitungen und Nachrichtenmagazine in Deutschland aufgelistet. Neben der verbreiteten Auflage im 2. Quartal 2018 sind der Verlag sowie Beteiligungen der 15 oben aufgeführten Medienunternehmen mit Erläuterungen zu den Anteils- und Besitzverhältnissen aufgeführt.

Aufgrund der immensen Ausmaße der Datenbank, konnten wir diese leider nur als separates Dokument erstellen. Die Datenbank finden Sie online zum Download unter: www.dashochformat.org/printausgabe/2018-1

Von Roman Kritberg

Konstruktive Kritik mit Zukunftsvision

Die Europäische Union braucht eine Utopie!

Die Europäische Union ist neben dem Staatsapparat der Bundesrepublik die wichtigste politische Konstante unserer Welt. Dies gilt für alle Aspekte der in Organisationsform gegossenen Grundidee eines integrierten Europas, hieraus erschließt sich die Selbstverständlichkeit des Themas welches aus der heutigen politischen Landschaft heraus auf die mögliche Zukunft Europas Bezug nimmt.

Unsere „Vision Europa“ beinhaltet sowohl die Betrachtung von Schwächen der Organisation und deren Gründe als auch Strategien zur Lösung betreffender Probleme sowie einer möglichen Aussicht in die Zukunft.

Wo soll es hingehen? Mit wem? In welchen Bereichen ist welcher Grad an Integration notwendig? Was soll unsere Weltpolitische Rolle sein? Wer sind „wir“ überhaupt? Und, was wollen „wir“ sein? Oder wollen wir überhaupt ein „wir“ sein?

Die Europäische Union funktioniert technisch gesehen, nicht aber Emotional. Die Union heute braucht ein Ziel um die durch die emotionslose Politik der letzten Jahre entstandene Angriffsfläche für alle Antieuropäer und Populisten zu schließen und ihr Fortbestehen zu gewährleisten. Dazu muss die Union gute Realpolitik machen und alle Europäer und Europäerinnen auch emotional überzeugen.

Und noch etwas vorneweg, wir unterscheiden zwischen Antieuropäern und Kritik. Diese Schrift sollte zunächst „Die Europäische Union – Eine Grundsatzkritik“ heißen. Allerdings wurde uns von mehreren Lesern und Leserinnen nahegelegt, den Namen des Formats zu ändern da der Name „Grundsatzkritik“ häufig mit Kritik an der Grundidee der EU aus der rechte Ecke assoziiert wurde. Um unsere proeuropäische Überzeugung besser zu vermitteln haben wir den Titel in „Vision Europa“ geändert womit wir den Fokus auf unsere positive und konstruktive Einstellung legen wollen. Wir stehen der grundlegenden Idee der EU positiv und bejahend gegenüber, die Ausführung und Umsetzung allerdings lässt oft noch zu wünschen übrig und daran nehmen wir Anstoß um Verbesserungen vorzuschlagen.

Das Dilemma der Entscheidungen

Der Anspruch an die Entscheidungsmechanismen der EU ist unerfüllbar.

Die oftmals angeprangerte Trägheit der EU in Entscheidungsfindungsprozessen ist ein Resultat aus der grundlegenden Anlage der Entscheidungsfindung, die auf Konsens und Berücksichtigung aller Interessen ausgelegt ist. Um einstimmige Entscheidungen treffen zu können muss eine jede Entscheidung langwierig ausdiskutiert und die Nationalinteressen berücksichtigt werden, was im Ergebnis oft zu umfangreichen Gesetzespaketen mit Unmengen von Ausnahmen und Sonderregelungen sowie weichgespültem Inhalt führt.

Abhilfe können nur Mehrheitsentscheidungen sein. Dazu bräuchte es aber ein entsprechend gewichtetes Gremium oder ein übergeordnetes EU-Parlament. Doch egal von welcher Versammlung Entscheidungen getroffen werden, die Mitgliedstaten und EU Bürger müssen sich klar sein, dass die gesteigerte Effektivität zu Lasten des Konsens und der Interessen einzelner Staaten gehen kann. So müsste Deutschland damit Rechnen im Rahmen einer europäischen Militärmission seine Söhne und Töchter in afrikanische Krisenländer zu entsenden, obwohl die öffentliche Meinung dagegen geht und die Bundeswehr im Rahmen eines nationalen Einsatzes niemals einen solchen Einsatz durchgeführt, geschweige denn durchführen hätte können. Genauso muss auch Luxemburg damit Rechnen von seinen europäischen Partnern dazu gezwungen zu

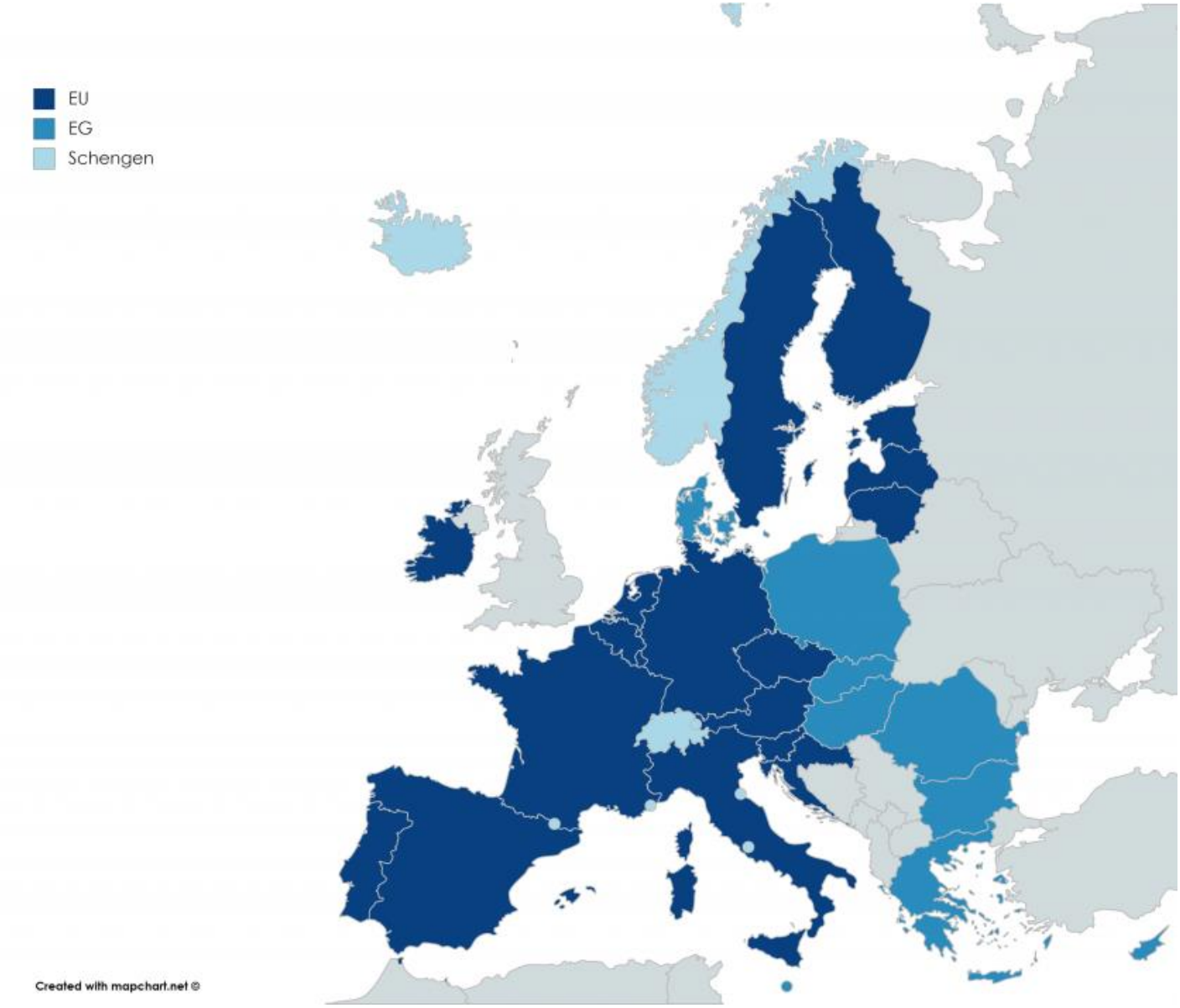
werden die Beihilfe zum Betrug an Millionen von Mitbürgern zu beenden und die Steuerhinterzieher für ihre Vergehen zu bestrafen, was wiederum Deutschland finanziell zugutekäme.

Auch wenn einzelne Nationen zeitweise in den sauren Apfel beißen müssten, so wäre eine übergeordnete Instanz als durchaus positiv zu bewerten, da diese für das Gemeinwohl auf übernationaler Ebene entscheiden würde und so nationalen Alleingängen, die den Interessen des größeren Anteils der Bürgern zuwiderlaufen einen Riegel vorschieben kann. Luxemburg würde Steuern wie alle anderen erheben. Frankreich müsste Vorgaben für Ökostrom erfüllen und seine Atomkraftwerke angehen, Italien müsste seine Verschuldung abbauen und die Mafia effektiver bekämpfen, Spanien müsste seinen Müll recyceln und Deutschland endlich seine Autoindustrie zur Rechenschaft für den Betrug an Millionen von Verbrauchern ziehen.

Europa der zwei Geschwindigkeiten

Dem gesamten hier ausgeführten Gedanken liegt die Idee eines Europas der zwei Geschwindigkeiten zugrunde, was bedeutet, dass sich die im Moment bestehende EU in zwei korrelierende Organisationen entwickelt welche den Mitgliedsstaaten eine unterschiedliche Tiefe der Integration bietet. Diese zwei „neuen“ Organisationen tragen alte Namen und ergeben sich aus der aktuellen Organisation der europäischen Partnerschaft.

Zunächst wäre da die Neuauflage einer Europäische Gemeinschaft (EG) (Die Namensgebung der einzelnen Organisationen ist unwichtig, die vorgeschlagene Organisation wird nur der Anschaulichkeit halber so genannt.), welche sich primär als Wirtschafts- aber auch Werteunion versteht und aus einer reduzierten EU, welche den Mitgliedsstaaten teilweise mehr Handlungsspielraum zubilligt besteht. Die zukünftige EU soll dann aus der „Kern-EU“ bestehen und sich vor allem durch eine stark vertiefte Integration auszeichnen. Hierdurch soll quasi ein „Paket des Westens“ entstehen in welchem es verschiedene Organisationen für verschiedene Bereiche gibt wodurch die beteiligten Staaten befähigt werden sich nach Gusto ein eigenes „Menü“ aus multilateralen Organisationen zusammenstellen. Als äußerste Einheit sehe ich hier die Nato die zunächst einmal als Sicherheitsbündnis die Integrität der Mitgliedsländer verteidigt und in der Partnerschaft gepflegt und westliche Werte vertreten werden. Dann natürlich der Schengen-Raum der neben allen EG Mitgliedern auch assoziierte Staaten wie die Schweiz oder Norwegen umfasst, die natürlich die Voraussetzungen erfüllen müssen. Aber auch die Mitgliedschaft in der Eurozone ist innerhalb der EWG freiwillig und sollte sich selbst mit der Umsetzung dieses Planes nicht verändern, was nicht heißt dass sie nicht reformiert werden sollte. Und zuletzt als „Krone der Integration“, als Verwirklichung des „europäischen Traums“ von gemeinsamen Werten, der Völkerfreundschaft und -verständigung, als großes Finale des Friedens des Kontinents der Weltkriege und „Erbfeindschaften“: die Europäische Union.



Mögliche Mitgliedschaften der europäischen Nationen bei Durchführung der Strategie der zwei Geschwindigkeiten im Jahr 2030.

Sprache in der EU

Unity oder Diversity?

Es gibt wohl kaum ein Thema, das emotionaler und tiefgreifend ist als die Muttersprache. Aber auch hier stellt sich die Frage nach der gewünschten Integrationstiefe der Mitgliedsstaaten in der Union, welche, sofern diese Tiefe ausreichend vorhanden ist, durchaus von der politischen zu einer kulturellen Union werden könnte. Der Gedanke einer gemeinsamen Sprache ist heutzutage höchstwahrscheinlich unpopulär und ruft ganz sicher Konservative und Populisten mit der Angst vor Fremdbestimmung auf den Plan. Das Einzige, was allerdings zählt, ist, ob sich die junge Generation, also die Generation Euro und Erasmus, mit einem solchen Gedanken anfreunden kann. Denn sie wird es sein, die, wenn sich diese Frage real stellen sollte, zu entscheiden hat. Bei der Suche nach der Form der gemeinsamen Verständigung ergeben sich zwei Möglichkeiten die beide ihre positiven Seiten haben, aber auch durchaus gewichtige Gegenargumente zulassen, was die Entscheidung zwischen ihnen von der persönlichen Gewichtung der Argumente abhängig macht.

Zunächst wäre da die Methode der „Unity in Diversity“, also der Bildung einer Einheit unter Beibehaltung der Differenzierung, was die Organisation der EU in den Sprachen der Mitgliedsstaaten bedeutet. Diese Methode hat ihren signifikanten Nachteil in der Effizienz der europäischen Organe, welche durch die Sprachbarrieren deutlich verringert wird. Außerdem besteht das Risiko für fehlerhafte Kommunikation, ausgelöst durch ständige Übersetzungen. Im Gegenzug beweist die den Nationalstaaten übergeordnete Organisation damit ihre Verbundenheit mit und ihre Legitimation durch die Mitgliedsstaaten. Hierbei besteht die Chance, dass nicht das Gefühl einer Bevormundung durch die EU bei der Bevölkerung entsteht. Sondern das die Union klar macht, dass die Partizipation der eigenen Nation an der EU wertgeschätzt wird – was natürlich immer so sein sollte, oft aber nicht so wahrgenommen wird (siehe Großbritannien). Aus diesem Vorteil der ersten Möglichkeit erwächst nämlich der unübersehbare Nachteil einer EU mit einheitlicher Sprache. So würde eine EU mit einheitlicher Sprache höchstwahrscheinlich von vielen als Bevormundung wahrgenommen. Die EU könnte also verstärkt als ungewollte Instanz auf internationaler Ebene erscheinen, die den Mitgliedsstaaten Dinge gegen deren Willen aufzwingt.

Andererseits würde dadurch das Gefühl einer übergreifenden Gemeinschaft deutlich gestärkt und die zwischeneuropäische Kommunikation sowohl regierungstechnisch als auch gesellschaftlich signifikant verbessert. Auch darf eine solche gemeinsame Sprache als Voraussetzung für sowohl eine gesamteuropäische Medienlandschaft sowie eine politische Debatten- und Parteikultur gesehen werden. Die restlichen Vorteile einer solchen gemeinsamen Sprache liegen ja auf der Hand: So kann unmöglich von jedem Europäer verlangt werden, mehrere Fremdsprachen fließend zu beherrschen, eine gemeinsame allerdings schon. So könnte sich jeder Unionsbürger mit jedem unabhängig der Muttersprache verständigen. Die Implementierung einer solchen gemeinsamen Sprache obliegt natürlich dem Bildungswesen, das auch gesamteuropäisch auf dieses Ziel hinarbeiten sollte.

Denkbar wären allein von ihrem Stellenwert in der Union vor allem Deutsch und Französisch, wobei Deutsch aufgrund seiner Geschichte und der Angst der anderen Mitgliedsstaaten vor einem „deutschen Europa“ schon einmal nicht in Frage käme. Französisch auf der anderen Hand würde in Deutschland und mehreren anderen Ländern nur schwer durchzusetzen sein, daher wir eine einigermaßen neutrale Sprache benötigt. Wie wäre es also mit… [Trommelwirbel]

Esperanto!

Die im späten 19. Jh. entwickelte Plansprache sollte zur Weltsprache werden und den Weltfrieden sowie die Völkerverständigung fördern, allerdings gibt es nur zwischen 0,5 und 1 Millionen Sprecher. Das Einzige was also bleibt ist – wer hätte es gedacht – Englisch.

Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU verbleibt nur Irland als englischsprachiges Land in der EU, wobei nicht hundertprozentig sicher ist, ob dieses aufgrund von Steuerfragen einer „Kern-EU“ angehören würde. Somit hätte Englisch zumindest innerhalb der EU eine gewisse Neutralität. Außerdem dürfte der Widerstand gegen den Einsatz der englischen Sprache aufgrund ihres Status als „Lingua Franca“ der globalisierten Welt wesentlich geringer sein als bei anderen Sprachen.

Das fußt hauptsächlich darauf, dass in etlichen Ländern der EU schon gut Englisch gesprochen wird und somit die Einführung weniger Komplikationen hervorrufen sollte als bei anderen Sprachen. So listet der Education First English Proficiency Index 2018, welcher die Englisch-Fähigkeiten der Bevölkerung in nicht englischsprachigen Ländern misst, zehn der für die „Kern-EU“ vorgeschlagenen Länder unter den Top 20 auf. Darunter Deutschland auf Platz 10, Schweden auf Platz 1 und die Niederlande auf Platz 2. Einziges Problem dabei ist, dass drei der vier großen EU-Länder nicht unter diesen Top 20 sind. So liegen Italien auf Platz 34 und Frankreich auf Platz

35 nur knapp hinter dem Libanon (Platz 33), während Spanien sich knapp davor befindet (Platz 32). Das könnte definitiv ein Problem darstellen. Frankreich hat unter Emanuel Macron zumindest kleine Schritte in die richtige Richtung gemacht. Der Effekt, den erhöhte Englischkenntnisse der europäischen Bevölkerung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der transatlantischen (und „transkanalischen") Beziehungen hätte, wäre nicht von der Hand zu weisen. Ebenso ist eine Verbindung zwischen dem Human Development Index, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, dem Bruttoinlandsprodukt, der Verfügbarkeit von Fachkräften, der Innovationskraft und den Englischkenntnissen einer Gesellschaft zumindest statistisch belegt, Die aufgezählten Faktoren haben sicherlich auch andersherum starken Einfluss auf die Bildung und damit die Englischkenntnisse einer Gesellschaft. Europa sollte also in allen Mitgliedsstaaten, vor allem in Frankreich, Spanien und Italien die Englischkenntnisse fördern, auch um später eine europäische Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Englisch ist Weltsprache. Das ist Fakt. Die USA, China und Indien sprechen Englisch, Afrika auch. Warum nicht auch Europa?

Europäische Verteidigung im 21. Jahrhundert

In Zukunft wird es unumgänglich für alle europäischen Staaten werden, gemeinsam zu agieren. Denn im Angesicht des Rückzuges der USA aus der Rolle des Weltpolizisten, der wachsenden Macht Chinas und des aggressiven außenpolitischen Kurs von Putins Russland, sowie dem internationalen Terrorismus, Cyberwarfare und asymmetrischen Kriegen werden die europäischen Partner sich und ihre Interessen nur im Verbund durchsetzen können. Aber auch wirtschaftlich wäre eine europäische Streitkraft sinnvoll, so könnten die europäischen Staaten einem Bericht des Handelsblatts zufolge 130 Milliarden Euro durch gemeinsame Streitkräfte sparen, wenn sie anstatt 160 verschiedene Waffensysteme nur 30 wie etwa die USA einsetzen würden. Um eine tiefgreifende Integration der europäischen Streitkräfte zu verwirklichen, braucht es zunächst eine demokratische Befehlsgewalt, welche in den Händen des Parlaments liegen sollte. Wenn die Kommission einen Militäreinsatz außerhalb des Verteidigungsfalls anfordert, müssen das europäische Parlament und der europäische Rat diesem Mandat mit einfacher Mehrheit zustimmen, damit die Streitkräfte die Mission ausführen dürfen. Jedem Mandatsgesuch muss eine politische Strategie der Kommission zugrunde liegen, sodass keine rein militärischen Entscheidungen getroffen werden, sondern der Einsatz von Gewalt als eines der Mittel einer außenpolitischen Strategie neben Diplomatie oder wirtschaftlichen Mitteln gewährleistet ist, denn der Einsatz von militärischen Mitteln darf nur ein Baustein einer längerfristigen Lösung sein. Um das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten, kann der Europarat ein Veto einlegen, welches allerdings vom Europaparlament als höchste legislative Instanz mit einer zweidrittel Mehrheit überstimmt werden kann. Die Planung und Ausführung des Einsatzes obliegt der Kommission, welche den beiden Kammern und der Öffentlichkeit regelmäßig einen Quartalsbericht vorlegen muss, in welchem genau Auskunft über den Status der Mission gegeben und außerdem alle Fragen des Parlaments beantwortet werden müssen.

Die EDF

Die zentrale Institution innerhalb der Verteidigungsunion soll die European Defence Force, kurz EDF sein, welche fortan die Streitkräfte der Union darstellen (Der Name ist variabel, es geht um die Institution. Diese wird nur der Anschaulichkeit halber als EDF bezeichnet). Die Amtssprache der EDF ist Englisch, weshalb in jeder Grundausbildung die Englischkenntnisse der Soldaten und Soldatinnen auf Arbeitsniveau gebracht werden müssen. Als europäische Institution steht sie natürlich jedem EU-Bürger über 18 offen. Als Berufsarmee ist die EDF im gesamten Unionsgebiet stationiert unabhängig der Nationalität. Die EDF unterteilt sich in folgende

Teilstreitkräfte (Die aufgelistete Organisation steht nur Beispielhaft für eine mögliche Organisationsstruktur der EDF):

- European Ground Force (EGF), Heer
- EGF Air Corps (AC), Heeresflieger
- European Naval Force (ENF), Marine
  - European Navy Air Corps (ENAC), Marineflieger
  - European Marines Corps (EMC), Marineinfanterie
- European Airforce (EAF), Luftstreitkräfte

Zusätzlich zu den drei Teilstreitkräften sollen der EDF Agenturen und Organisationen für besondere Aufgabenbereiche zugeordnet werden, welche von der parlamentarischen Mandatierung ausgenommen sind und dauerhaft aktiv sind.

- European Civil Protection Agency (ECPA), Zivilschutzbehörde
- European Institute for Defense Technologies (EIDT), gemeinsames Entwicklungszentrum für Militärtechnologie
- European Military Intelligence Service (EMIS), Nachrichten- und Abschirmdienst der EDF
- European Nuclear Defense Agency (ENDA), Behörde zum Schutz der europäischen Atomanlagen
- European Institute for Cybersecurity (EICS), Abwehrzentrum für Cyberattacken und Institut für Netzsicherheit

EDF und NATO

Die EDF soll auf keinen Fall in Konkurrenz zur NATO stehen; allein schon wegen der Funktionen der NATO als Verteidigungsbündnis mehrerer Staaten und der EDF als Streitkräfte einer engen Staatenunion. Eher soll die EDF bzw. die europäische Verteidigungsunion die NATO stärken und ihr einen bipolaren Charakter verleihen, sodass die NATO vom amerikanischen Schutzinstrument für Europa zu einer zwei-Säulen Allianz gleichgestellter Partner und Freunde wird. Die USA, die seit Trump ja verstärkt auf den Beitrag der Europäer zur gemeinsamen Verteidigung pochen, müssen erkennen, dass die Europäer mit gesteigerten Verteidigungskapazitäten auch mehr politische Macht im Bündnis übernehmen werden. Ich denke nicht, dass die EU in absehbarer Zeit den USA die Führungsrolle in der NATO abnimmt, dennoch werden sich die USA mit den Interessen der Europäer auseinandersetzten müssen, was sicherlich reichlich Konfliktpotential birgt. Eine solche bipolare NATO wäre dabei aber stärker als jemals zuvor.

Wenn man über den Rand des Nordatlantiks hinaus schaut, wäre auch eine globale Sicherheitsallianz mit dem Fokus auf Demokratie und Menschenrechte denkbar, welche in hohem Maße zur Erhaltung globaler Stabilität und der Sicherung des Friedens beitragen könnte. Eine solche „Globalunion“ hätte den Vorteil der Einbindung aller demokratischen Staaten v.a. in Südamerika und Asien, womit sich die Mitgliedsstaaten gegenseitig besser gegen globale Aggressoren schützen könnten.

Bildnachweise

Titelbild

Bildquelle: Pixabay, erstellt aus https://pixabay.com/de/riss-beton-betonwand-grunge-grau-230676/ und https://pixabay.com/de/wahrheit-zeitung-nachrichten-166853/, Ausschnitt, Farbkorrektur, Collage

Quo vadis Journalismus? - *Warum die Causa Relotius wichtig für den Journalismus ist*, **Seite 6**

Dennis Siebert (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Spiegel_building_Hamburg,_Ericusspitze,_at_night.jpg), „Spiegel building Hamburg, Ericusspitze, at night“, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode

Groko, Grüne, Bayern, Seite 10

Bildquelle: Pixabay, erstellt nach https://pixabay.com/de/flagge-fahne-bayern-bayrische-fahne-3371283/, Ausschnitt, Einfärbung, Bearbeitung

Chefredaktion

Roman Kritberg • Lasse Sprachström

Email-Adresse

redaktion@dashochformat.org

Mitarbeiter nach Zuständigkeitsbereichen

Lasse Sprachström • Ressort *Deutschland*

Roman Kritberg • Ressort *Europa*

Nooc Weaselton • Ressort *Im Fokus*

August van der Kust • Ressort *Aus der Welt*

Lorenz Schoppinger • Grafik und Design

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Valentin Petri
Tessinstr. 32
72072 Tübingen
GERMANY